

Ruhiges Kurdistan

In Nordiraks Autonomiegebiet fühlen sich auch Flüchtlinge sicher. Seite 3

Foto: 123rf/Tudor Antonel Adrian



Aufgewühltes Polen

Rechtskonservative wollen Frauenrechte schleifen und Geschichte entsorgen. Seite 8

Revolutionäre Chöre

Wiederaufführung von Brechts »Maßnahme« in Berlin. Seite 15

Foto: Giampiero Assumma



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 11. April 2016

71. Jahrgang/Nr. 84

Bundesausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Halb so dumm wär' besser

Markus Drescher zu »harten Bildern« und Verdoppelungen

Ein Europa hinter Mauern. Ein »Rückführungsabkommen« mit einem türkischen Diktator. Und an der mazedonischen Grenze wieder ein Tränengaseinsatz gegen verzweifelte Flüchtlinge, der die »harten Bilder« lieferte, die man laut Empfehlung des Bundesinnenministers Thomas de Maizière aus der letzten Woche aushalten müsse. Müssen wir? Angesichts der Machtverhältnisse ja. Aber wenigstens ein paar harte Worte kann man erwidern – de Maizière und Peter Altmaier, dem auch nichts anderes einfällt als die Forderung nach einer Verdoppelung der Abschiebungen.

Im Wahn auch noch die letzten Menschenrechte und das Grundgesetz an die sogenannten Asylgegner für die Hoffnung, sie mögen doch in den Schoß der Union zurückkehren, zu verschachern, ist schon lange klar: Nichts ist zu schäbig. Aber nutzlos, um die – weltweiten – Fluchtbewegungen, die irgendwann an Europas Grenzen enden, auch zu beenden. Immer noch geht nichts über Symptom-Bekämpfung hinaus – und das heißt Menschen-Bekämpfung. Ist eben auch einfacher für die Verantwortlichen – offensichtlich intellektuell und mit Sicherheit in Bezug auf kapitalistische Abhängigkeiten – als zu sagen: Wir verdoppeln, verdrei-, vervierfachen unsere Anstrengungen, Fluchtursachen und nicht Geflüchtete zu bekämpfen. Angesichts der offenkundig limitierten Fähigkeiten ist deshalb die wiederholte Forderung nach Konzentration auf die Ursachen nicht realistisch. Halb so dumm agieren, wäre vielleicht ein erreichbares Ziel.

UNTEN LINKS

Auch wenn es schon ein paar Tage her ist, soll das Ereignis noch einmal ausdrücklich gewürdigt werden: Am Ostermontag hat die ARD den »ersten umweltbewussten Tatort« ausgestrahlt, wie »Bild am Sonntag« meldete. Der »CO₂-Ausstoß« (original »BamS«-Schreibweise) sei um 35,2 Tonnen (von einer uns unbekanntem Ausgangsgröße) gesunken. Möglich geworden sei das unter anderem »durch den verstärkten Einsatz von Mitarbeitern aus der Gegend«. Daran sollte sich mal Angela Merkel ein Beispiel nehmen. Mazedonische Polizisten haben an der abgeriegelten Grenze zu Griechenland Tränengas gegen Flüchtlinge eingesetzt, die nahe Idomeni die Absperrungen durchbrechen wollten. Nach Angaben von Ärzten ohne Grenzen wurden Dutzende Flüchtlinge verletzt. Die meisten von ihnen hätten Atembeschwerden, sagte Achilleas Tzemos, ein Vertreter der Organisation. Drei von ihnen wurden demnach nach Kilkis in der Nähe von Idomeni ins Krankenhaus gebracht. Am Samstag erkrankten außerdem fünf Menschen vor der griechischen Insel Samos. Ausgelöst wurden die Zusammenstöße in der Nähe des Grenzübergangs im griechischen Idomeni offenbar wie bereits vor wenigen Wochen durch das Gerücht, Mazedonien werde die Grenze öff-

Die Nacht zum Tag gemacht

»Nuit debout«-Bewegung mobilisierte Zehntausende zu Protesten in Frankreich



Von Demonstranten geschmückt: Die Freiheit verkörpernde Figur am Sockel der Marianne-Statue auf dem Platz der Republik in Paris

Foto: Reuters/Philippe Wojazer

Berlin. Ob Tag, ob Nacht, die bronzene Marianne auf dem Pariser Platz der Republik bleibt aufrecht stehen. Und so tun es ihr und ihren mit Fahnen ausgestaffierten Dienerinnen am Sockel des Republik-Monuments dieser Tage hunderte bis tausende Menschen gleich. Seit eineinhalb Wochen ist einer der bedeutendsten Plätze Frankreichs besetzt – die »Nuit debout«-Bewegung (Die Nacht über wach) entstand Ende März nach einer Demonstration gegen die geplante Reform der Arbeitsgesetzgebung.

Am Wochenende schlossen sich ihr abermals Zehntausende an. Laut der Gewerk-

schaft CGT wurden landesweit an 200 Orten Kundgebungen abgehalten. Nach Schätzungen der Behörden gingen 120 000 Menschen auf die Straße. Der Protest richtet sich nicht nur gegen die Arbeitsrechtsreform, sondern auch gegen Umweltzerstörung, Mietsteigerungen, Homophobie oder Islamfeindlichkeit. Viele Teilnehmer lehnen auch den seit den islamistischen Anschlägen vom vergangenen November geltenden Ausnahmezustand ab.

Am Rande von Demonstrationen ist es in mehreren Städten zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. Landesweit seien 26 Menschen vorläufig festgenommen worden,

teilte das Innenministerium mit, neun davon in Paris. Die Polizei setzte Tränengas ein, sieben Beamte seien verletzt worden.

Doch nicht nur die Regierung in Frankreich sieht sich dieser Tage mit Protest konfrontiert. Auch der US-Industriekonzern General Electric (GE) zog sich den Zorn der eigenen Beschäftigten zu. Mit Aktionen in mehreren europäischen Städten haben Gewerkschaften gegen den geplanten Abbau von 35 000 Stellen protestiert. Vor der Europa-Zentrale des Konzerns in La Défense bei Paris demonstrierten am Freitag nach Schätzungen etwa 2000 bis 2500 Mitarbeiter. Agenturen/nd Seite 4

Hoffnungen in Tränengas erstickt

Erneuter Durchbruchversuch an Mazedoniens Grenze / Altmaier: Abschiebungen verdoppeln

Die Grenze bleibt dicht: Flüchtlinge aus Idomeni wurden am Sonntag gewaltsam zurückgedrängt.

Berlin. Mazedonische Polizisten haben an der abgeriegelten Grenze zu Griechenland Tränengas gegen Flüchtlinge eingesetzt, die nahe Idomeni die Absperrungen durchbrechen wollten. Nach Angaben von Ärzten ohne Grenzen wurden Dutzende Flüchtlinge verletzt. Die meisten von ihnen hätten Atembeschwerden, sagte Achilleas Tzemos, ein Vertreter der Organisation. Drei von ihnen wurden demnach nach Kilkis in der Nähe von Idomeni ins Krankenhaus gebracht. Am Samstag erkrankten außerdem fünf Menschen vor der griechischen Insel Samos.

Ausgelöst wurden die Zusammenstöße in der Nähe des Grenzübergangs im griechischen Idomeni offenbar wie bereits vor wenigen Wochen durch das Gerücht, Mazedonien werde die Grenze öff-

nen. Hunderte Schutzsuchende versammelten sich deshalb nach Angaben der griechischen Polizei am Sonntagvormittag an der Grenze und forderten deren Öffnung. Griechischen Medien zufolge war zuvor ein Flugblatt auf Arabisch verbreitet worden. Darin wurden die Bewohner des Lagers für Sonntagmorgen zum »Marsch auf die mazedonische Grenze« aufgerufen. Weiter hieß es, dass sich diese Nachricht schnell auch in anderen Flüchtlingslagern in Grenznähe verbreitet habe. Flüchtlinge seien deshalb am Sonntag extra in der Hoffnung nach Idomeni gereist, die Grenze passieren zu können. Die griechische Polizei sucht nun nach ausländischen Aktivisten, die das Flugblatt verbreitet haben sollen.

Mazedonien bestätigte zwar die Zusammenstöße, wies aber die Verantwortung für den Tränengaseinsatz zurück. Die griechische Polizei habe Tränengas eingesetzt, nicht die mazedonische, sag-

te ein Polizeivertreter. Auf der mazedonischen Seite sei es »ruhig«. Wie ebenfalls aus mazedonischen Polizeikreisen verlautete, wurden drei eigene Beamte durch Steine verletzt.

Die griechische Polizei sucht nach ausländischen Aktivisten, die das Flugblatt verbreitet haben sollen.

In Idomeni sitzen mehr als 11 000 Menschen fest, seit die Fluchtroute über den Balkan vor wenigen Wochen abgeriegelt worden war. Seitdem fordern sie immer wieder die Öffnung der Grenze zu Mazedonien.

Während also weiterhin Verzweifelte drauf hoffen, Deutschland oder andere westliche EU-

Staaten zu erreichen, gibt es zwischen Bund und Ländern neuen Streit über die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber. Kanzleramtsminister Peter Altmaier (CDU) verlangte, die Zahl der Abschiebungen zu verdoppeln. »Das sind die Länder gefordert«, sagte der Flüchtlingskoordinator der Bundesregierung. Die Länder verweisen dagegen auf die Verantwortung des Bundes für schnelle Asylverfahren. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) sagte, die Forderungen »gehen mir auf die Nerven«. Der hessische Innenminister Peter Beuth (CDU) betonte: »Schuldzuweisungen sind völlig unangemessen.«

Im vergangenen Jahr habe es 37 220 freiwillige Rückkehrer und 22 200 Abgeschobene gegeben, sagte Altmaier den Zeitungen der Funke Mediengruppe. »Ein realistischer Maßstab für 2016 wäre eine Verdoppelung dieser Zahlen.« Agenturen/nd Seite 5

Anschläge in Brüssel als Plan B

Terrorzelle wollte erneut Paris angreifen / »Mann mit Hut« in Haft

Brüssel. Die Brüsseler Dschihadistenzelle hatte nach den Paris-Attentaten vom 13. November 2015 offenbar weitere Anschläge in Frankreich geplant, schlug wegen Fortschritten der Ermittler dann aber in Brüssel zu. »Viele Elemente in den Ermittlungen haben gezeigt, dass die Terrorgruppe ursprünglich die Absicht hatte, ein zweites Mal Frankreich zu treffen«, erklärte die belgische Generalstaatsanwaltschaft am Sonntag.

Die engen Zusammenhänge zwischen den beiden Anschlagsserien wurden durch die Festnahme von Mohamed Abrini erkennbar. Er wurde am Freitagabend in der Brüsseler Vorstadt Anderlecht festgesetzt. Abrini ist ein Jugendfreund Salah Abdeslams, der Zimmer für die Paris-Attentäter gemietet hatte und am 18. März festgenommen wurde. Gegen Abrini wurde Haftbefehl wegen terroristischer Aktivitäten in Brüssel erlassen. Mit Aufnahmen einer Überwachungskamera vom Brüsseler Flughafen konfrontiert, räumte er ein, der »Mann mit Hut« zu sein, der zwei Attentäter begleitet hatte. Agenturen/nd Seite 8

Schäuble unter Panama-Druck

Ignorierte der Minister Hinweise auf Verdacht gegen Bundesdruckerei?

Berlin. Nach der Veröffentlichung der »Panama-Papiere« kündigte Wolfgang Schäuble (CDU) erneut ein härteres Vorgehen an: »In der kommenden Woche werde ich konkrete Vorschläge machen, wie wir den Missbrauch von Briefkastenfirmen bekämpfen können«, so Schäuble in einem Beitrag für die »Bild am Sonntag«. Gleichzeitig muss er sich gegen Vorwürfe wegen angeblich dubioser Geschäfte der Bundesdruckerei in Venezuela wehren.

Laut »Spiegel« soll das Staatsunternehmen für die Geschäfte eine Briefkastenfirma in Panama benutzt haben. Schäuble soll sich zudem jahrelang gewehrt haben, in Kontakt mit einem Whistleblower zu treten, der ausspacken wollte. »Es ist unerträglich, dass der Finanzminister in der Öffentlichkeit gerade vollmundig angekündigt hat, gegen Steueroasen vorgehen zu wollen, und einen Tag später einräumen muss, Hinweise auf die Benutzung von Briefkastenfirmen in der ihm unterstellten Bundesdruckerei ignoriert zu haben«, kommentierte Sahra Wagenknecht (LINKE) den Bericht. dpa/nd Seite 2

Ankara verlangt Strafverfolgung

Bundesregierung prüft türkische Verbalnote zu Satiriker Böhmermann

Berlin. Die türkische Regierung erwartet einen Medienbericht zufolge eine Strafverfolgung des ZDF-Moderators Jan Böhmermann in Deutschland wegen seiner umstrittenen Satire über den türkischen Staatschef Recep Tayyip Erdoğan. Das habe der türkische Botschafter in einer Verbalnote an das Auswärtige Amt deutlich gemacht, berichtete der »Tagesspiegel« am Sonntag auf seiner Internetseite unter Berufung auf Regierungskreise.

Demnach will die Bundesregierung den Inhalt der Verbalnote »sorgfältig und so zügig wie möglich prüfen« und dann entscheiden, wie damit weiter zu verfahren sei. Dem Bericht zufolge kommen deswegen am Montag Mitarbeiter des Bundeskanzleramts, des Außenministeriums und des Justizressorts zusammen. Wie der »Tagesspiegel« weiter berichtete, habe die Bundesregierung den türkischen Erwartungen jedoch nicht unter Hinweis auf die Presse-, Meinungs- und Kunstfreiheit widersprochen. AFP/nd Seite 15

